



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

13/SN-415/ME 1 von 3

GZ 920.758/12-II/A/6/94

An das  
Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3  
1010 Wien

BÖHM GESETZENTWURF	
Zl.	81-1070 PL
Datum:	6. DEZ. 1994
Verteilt	6. Dez. 1994 LH

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Mag. Benda  
Ihre GZ/vom

Alberer

2376

Betrifft: Entwurf eines Pflanzenschutzgerätegesetzes;  
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Bundeskanzleramtes - Sektion Zentrale Personalverwaltung zum Entwurf eines Pflanzenschutzgerätegesetzes zur gefälligen Kenntnissnahme übersandt.

Konvolut

30. November 1994  
Für den Bundeskanzler:  
BÖHM

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 920.758/12-II/A/6/94

An das  
Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1  
1012 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Alberer

2376

12.151/06-I/A/2/a/94  
9. November 1994

Betrifft: Entwurf eines Pflanzenschutzgerätegesetzes;  
Stellungnahme

Zum vorgelegten Entwurf eines Pflanzenschutzgerätegesetzes nimmt  
das Bundeskanzleramt, Sektion II - Zentrale Personalverwaltung,  
wie folgt Stellung:

1. Zu den dargestellten finanziellen Auswirkungen:

Die angegebenen Personalkosten in Höhe von jährlich 2,25 Mio. S  
wurden offenbar auf der Basis des Anhangs B/1 des Handbuchs "Was  
kostet ein Gesetz", also auf der Basis von Anfangsbezügen im  
öffentlichen Dienst, ermittelt. Da jedoch zur Vollziehung einer  
neuen Materie erfahrungsgemäß auch bereits seit längerer Zeit im  
öffentlichen Dienst stehende Personen herangezogen werden und auch  
über die reinen Personalkosten hinausgehende Aufwendungen  
anfallen, wäre der Mehraufwand nach Anhang A/1 und A/2 des  
Handbuches unter entsprechender Aufwertung der dort angegebenen  
Durchschnittssätze zu berechnen (Personalkosten, Raumkosten und  
Verwaltungsgemeinkosten).

2. Zu § 25 Abs. 2:

Der Hinweis auf die "Allgemeinen Vorschriften über die  
Reisegebühren der Bundesbediensteten" sollte durch die Zitierung  
der "Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133" ersetzt werden.  
Da dieses Bundesgesetz keine Bestimmungen über "die im  
Durchschnitt zu berechnenden Reisekosten" enthält, sollten die

- 2 -

Worte "im Durchschnitt" entfallen, zumal die Durchschnittsberechnung bereits im ersten Satz des § 25 Abs. 2 vorgesehen ist.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

30. November 1994  
Für den Bundeskanzler:  
BÖHM

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

